

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD



FOTO: BÜRO GREMMELS

BEZIRK
HESSEN-NORD

SPD

**Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,**

was für ein Jahr neigt sich dem Ende entgegen. 2020 wird für immer mit dem Corona-Virus im Gedächtnis bleiben. Die Bekämpfung des Virus und die Abmilderung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen stand und steht im Mittelpunkt der Politik. Gut ist, dass mit Vizekanzler Olaf Scholz, Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil und Familienministerin Franziska Giffey drei SPD Ministerinnen und Minister dabei an maßgeblicher Stelle mitwirken. Die Aussetzung der so genannten ‚schwarzen Null‘, die Hilfsprogramme für Wirtschaft und Soloselbstständige, die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes sowie familienpolitische Leistungen wie des Kinderbonus, zeigt, wie gut es ist, dass Sozialdemokraten in Krisenzeiten mitregieren.

Auch auf unsere Parteiarbeit hat Covid19 erhebliche Auswirkungen. Unser diesjähriger Bezirksparteitag und unsere Traditionsveranstaltung, die Verleihung des Ehrenamtspreises, mussten leider ausfallen. Wir haben die Vorstandsarbeit auf Hybridveranstaltungen und Videokonferenzen umgestellt. Das hat überraschend gut geklappt. Die politischen Diskussionen und die parteiinterne Willensbildung haben darunter nicht gelitten. Dennoch ist klar: Sobald es die Infektionslage zulässt, werden wir wieder zu Präsenzveranstaltungen übergehen.

Corona hat auch die Vorbereitung für die Kommunalwahl am 14. März 2021 erschwert. Da Listen nicht in Videokonferenzen aufgestellt werden können, gab es für unsere Parteigliederung vor Ort erheblichen zusätzlichen Aufwand mit der Erarbeitung von Hygienekonzepten und der Suche nach größeren Veranstaltungsräumen. Ich bin aber froh und dankbar, dass es uns gelungen ist, in nahezu allen Kommunen im Bezirk SPD Hessen-Nord Listen für die Kommunalwahl präsentieren zu können. Jetzt heißt es, sich auf einen Wahlkampf unter Corona-Bedingungen einzustellen. Dabei unterstützen wir euch gern. Schon jetzt ist klar, dass die Zahl der Briefwählerinnen und Briefwähler deutlich steigen wird. Auch darauf müssen wir uns bei der Wahlkampagne einstellen.

Euch und Euren Familien ein schönes Weihnachtsfest. Möge 2021 ein besseres Jahr für uns alle werden. Passt auf Euch auf und bleibt gesund!

Euer Timon ■



EUROPA WIEDER STARK MACHEN

Von Europa-Staatsminister Michael Roth MdB

Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ – unter diesem Motto hat Deutschland am 1. Juli seine EU-Ratspräsidentschaft angetreten. Sechs Monate mit großer Verantwortung, noch größeren Aufgaben und hohen Erwartungen.

Noch vor wenigen Monaten ahnte niemand, unter welch schwierigen Bedingungen diese Ratspräsidentschaft stattfinden würde. Im Frühjahr traf die Corona-Pandemie ganz Europa unvorbereitet und mit voller Wucht – und sie hat auch unseren Ratsvorsitz geprägt. Unser Präsidentschaftsprogramm musste an manchen Stellen angepasst werden. Viele Sitzungen konnten nicht in Brüssel stattfinden, sondern nur per Videokonferenz. Das hat es nicht einfacher gemacht.

Die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie waren im Juli überall in Europa spürbar – und sie sind es immer noch: Arbeitslosenzahlen steigen, die Wirtschaftsleistung sinkt, die Haushaltslage ist angespannt. Unter diesen Umständen eine Ratspräsidentschaft zu führen, war wirklich nicht leicht. Gerade zu Beginn der Pandemie machte die EU keine gute Figur. Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten war ausbaufähig. Mittlerweile stimmen wir uns besser ab, lernen voneinander und handeln solidarisch. Europa ist eben Teamspiel. In unserer Rolle als Brückenbauer und Verhandlungsführer haben wir hart für einen gemeinsamen Weg bei der Bekämpfung der Pandemie gearbeitet – und das sehr erfolgreich.

Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, die Folgen der Pandemie zu mindern, die besonders betroffenen Staaten und Branchen von EU-Seite beim Wiederaufbau zu unterstützen. Mitte Juli einigte sich der Europäische Rat über den Mehrjährigen Finanzrahmen bis 2027 und den europäischen Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“. Ein echtes Auf-

bruchsignal. Wir machen Europa damit solidarischer, nachhaltiger, innovativer, sozialer und krisenfester, kurzum: stärker!

Nach wochenlangen Verhandlungen hat im November auch das Europäische Parlament einem Kompromiss über das Gesamtpaket zugestimmt. Dabei haben die Abgeordneten erreicht, dass für bestimmte Politikbereiche künftig mehr Geld zur Verfügung steht. Und: Erstmals in der Geschichte der EU soll künftig die Auszahlung von Mitteln aus dem EU-Haushalt an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien gekoppelt werden. Rechtsstaatlichkeit ist das Fundament unserer Wertegemeinschaft, Defizite in der EU müssen wir klar benennen. Deshalb haben wir unter deutschem Vorsitz auf Grundlage eines Berichts der EU-Kommission im Rat einen Dialog über die Lage der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten eingeführt. Beide Instrumente sind eine Riesenchance für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU, ein zentrales Ziel unserer Ratspräsidentschaft.

Damit das Finanzpaket mit einem Gesamtvolumen von 1,8 Billionen Euro in Kraft treten kann, fehlt nur noch ein letzter einstimmiger Beschluss der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs. Doch Ungarn und Polen haben aufgrund ihres Widerstands gegen den Rechtsstaatsmechanismus ihr Veto angekündigt.

In der aktuellen Krise geht es neben ganz viel Geld auch um unser gemeinsames Verständnis einer Werte- und Solidaritätsgemeinschaft. Wir müssen schützen und verteidigen, was uns zusammenhält: unsere Werte. Und es ist unsere gemeinsame Verantwortung, dass die dringend benötigten Wiederaufbaumittel rasch fließen können, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzumildern. Wir stellen damit die Weichen für unsere Zukunft. Eine Vollbremsung kann sich Europa jetzt nicht leisten. ■

MEHR UNTERSTÜTZUNG UND WERTSCHÄTZUNG FÜR DIE POLIZEI

Austausch mit dem GdP-Vorsitzenden Stefan Ruppel

Zu einem Informationsgespräch trafen sich die SPD-Landtagsabgeordneten Günter Rudolph, Oliver Ulloth und Wolfgang Decker mit dem nordhessischen GdP-Vorsitzenden Stefan Ruppel.

Die Abgeordneten ließen sich dabei über die aktuelle Lage bei der Polizei informieren. Die anhaltenden Einsätze wegen der Proteste gegen den Ausbau der A49, die teilweise auch von härteren Auseinandersetzungen geprägt sind, seien eine zusätzliche Arbeitsbelastung, die den Beamten und Beamtinnen etliches abverlange. Auch der Kampf gegen Covid19 stelle die Polizei durch zahlreiche zusätzliche Einsätze vor enorme Herausforderungen. „Wir sind unseren Polizistinnen und Polizisten umso dankbarer, dass sie trotz allem nach wie vor so gute Arbeit leisten“, machte Günter Rudolph deutlich. „Das Versammlungs- und Demonstrationsrecht ist ein hohes demokratisches Gut, das es zu schützen gilt. Wenn allerdings dabei von bestimmten Gruppierungen

Gewalt gegen Ordnungskräfte ausgeübt, Sachbeschädigungen begangen werden oder gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr erfolgen, dann verurteilen wir das auf das Schärfste“.

Ebenso wenig Verständnis zeigen die SPD-Politiker für diejenigen, die sich mutwillig über Corona-Beschränkungen hinwegsetzen und damit andere gefährden. Unverständlich ist für die SPD-Abgeordneten aber auch, dass es der Polizei offensichtlich an Einsatzanzügen und Regenschutz mangelt. „Das ist absolut kein Zustand. Hier muss die schwarz-grüne Landesregierung umgehend handeln, allen voran der zuständige Innenminister Beuth (CDU)“, forderte Oliver Ulloth.

Gleichzeitig unterstütze man die Forderung der Gewerkschaft nach einer Erhöhung der Zulage für den sogenannten Dienst zu ungünstigen Zeiten. „Da sollte sich die Landesregierung am Beispiel der bayerischen Polizei orientieren. Das wäre zugleich ein Stück mehr Wertschätzung für die Arbeit im Schichtdienst“, so Wolf-



gang Decker.

Zentrales Problem bleibe nach wie vor der personelle Mangel im Einzeldienst, der durch die Abordnung von Bediensteten in Sonderermittlungsgruppen ohne personellen Ersatz noch verschärft werde. „Auch hier besteht nach wie vor großer Handlungsbedarf, dem die schwarz-grüne Landesregierung endlich mit aller Intensität nachkommen muss, um die am Limit arbeitenden Beamtinnen und Beamten zu entlasten. Auch das gehört zur Wertschätzung des Polizeidienstes“, so die Abgeordneten abschließend. ■

Stefan Ruppel (Vorsitzender der GdP Nordhessen) mit den SPD-Landtagsabgeordneten Günter Rudolph (Schwalm-Eder), Wolfgang Decker (Stadt Kassel) und Oliver Ulloth (Landkreis Kassel).

FOTO: PRIVAT

KEIN „WEITER-SO“ IN DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK

SPD-Europaabgeordnete stimmen gegen Reformvorschlag

Die SPD-Europaabgeordneten haben geschlossen den Vorschlag zur Novelle der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik abgelehnt. Udo Bullmann, Mitglied des Europäischen Parlaments für Hessen, erklärt dazu: „Es geht darum, Europas Landwirtschaftspolitik fit zu machen für die Zukunft. Sie muss nachhaltiger, ökologischer und klimaverträglicher werden. Dafür haben wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren hart gearbeitet. In den letzten Wochen und Monaten haben wir uns konstruktiv für fraktionsübergreifende Kompromisse eingesetzt.“

Unsere Handschrift ist im heute abgestimmten Entwurf deutlich sichtbar:

Lohndumping und Ausbeutung in der Landwirtschaft wird klar der Kampf angesagt. EU-Fördermittel sollen Betrieben, die solche Praktiken handhaben, künftig nicht mehr zukommen.

Es tun sich aber leider noch immer eklatante Schwachstellen auf: Wer ernsthaft zukunftsfähige Agrarpolitik machen will, muss Klimapolitik auch in der Landwirtschaft konsequent mitdenken. Dafür arbeitet die Europäische Union an dem sogenannten Green Deal, der alle Politikbereiche klimafreundlicher machen soll. Diese Verbindung haben Konservative und Liberale im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik verhindert.

Ohne deutliche Ambition in der Klimapolitik und der Umsetzung des Pariser

Abkommens, ohne stärkere Unterstützung für ökologische Landwirtschaft und ohne klare Kante für mehr Biodiversität ist diese Reform für uns nicht annehmbar.

Wir Sozialdemokraten waren bereit, eine Brücke zu bauen im Europäischen Parlament und die Wende zu Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft auf ein wirtschaftlich starkes Fundament zu stellen. Schlussendlich ist es Liberalen und Konservativen anzulasten, dass die längst überfällige Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik wieder nicht kommt. Vor allem auch CDU/CSU müssen sich die Frage gefallen lassen, wie ernst ihnen das Klima und unsere Umwelt wirklich ist.“ ■



Dr. Udo Bullmann MdEP

FOTO: BÜRO BULLMANN

MIT TRIPPELSCHRITTEN ZUR CORONA-BEKÄMPFUNG

Torsten Warnecke MdL zum Sonderschuldenprogramm

Auf Trippelschritten ist die schwarz-grüne Landesregierung bei der Corona-Bekämpfung unterwegs. Mit dem nunmehr vierten Maßnahmenpaket aus dem 12 Milliarden schweren Sonderschuldenprogramm stehen davon gut 284,2 Millionen Euro zur Beschlussfassung.

„Wer jedoch glaubt, dass nach der Beschlussfassung umgehend das Geld ausgezahlt wird, sieht sich leider getäuscht. Nicht selten wird auf Jahre ein kleiner Betrag gestreckt, der sich

eigentlich groß anhört,“ erläuterte der SPD-Haushaltspolitiker Torsten Warnecke. Dann aber stelle sich beispielsweise heraus, dass mit vier Millionen Euro zu fördernder Kommunalen Klimaschutz auf vier Jahre gestreckt wird. In diesem Jahr gibt es kein Geld, 2021 dann 500.000 Euro, in 2022 2,5 Millionen Euro und den Rest 2023.

„Das sind dann keine kraftvollen Programme, die auch nicht unbedingt der Corona-Bekämpfung dienen. Vielmehr sind es finanzielle Trippelschritte mit

kleinem Portemonnaie. Für jede der 422 Gemeinden und 21 Landkreise macht dies rund 11.287 Euro aus,“ rechnete Warnecke aus, der damit dem Eindruck, dass kraftvoll seitens der Landesregierung agiert wird, entgegentritt.

Insgesamt sind es gerade einmal 1,648 Milliarden Euro von den 12 Milliarden Euro, die nunmehr in den vier Maßnahmenpaketen beschlossen worden sind. „Da sind höhere Erwartungen geweckt worden. Das Jahresende steht vor der Tür,“ schloss Warnecke seine Hinweise. ■

GLÜCKWUNSCH!

Gerti Bietz
aus Ebsdorfergrund
zum 100. Geburtstag

Ella Gewicke
aus Calden
Heinz Redmann
aus Niedenstein
Adolf Schäfer
aus Schwalmstadt
zum 95. Geburtstag ■

DIE JUSOS SIND DER STACHEL IM FLEISCH DER SPD

Jusos feiern 100-jähriges Bestehen

Die Gründung der Jusos in der SPD jährt sich in diesem Jahr zum 100. Mal.

Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10.10.1920 bis 16.10.1920 in Kassel wurden die „Jungsozialisten“ (Jusos) offiziell als Jugendorganisation der SPD gebildet.

Die SPD gründete die Jusos und verpflichtete die Parteiorganisationen (Gliederungen) laut Beschluss des Parteitages die „Bestrebungen der Jungsozialisten tatkräftig zu unterstützen“ und „jungsozialistische Gruppen zu errichten“. Die Leitung und Verwaltung der Juso-Gruppen lag „selbstständig in den Händen der jungen Genossen mit der Maßgabe einen Vertreter der Parteiorganisation und des Bildungsausschusses hinzuzuziehen“.

Die innere Selbständigkeit der Jusos war damals in der SPD politisch umstritten und der Parteivorstand verstand sie vor allem als „erzieherische Arbeitsgemeinschaft“, die die jungen Genossinnen und Genossen im Sinne des demokratischen Sozialismus politisch schulen

und für eine rege aktive Teilnahme am Parteileben interessieren sollte. Mithin als eine Nachwuchsorganisation, die fest auf Parteilinie bleiben sollte. Doch von diesen Vorgaben haben sich schon während der Weimarer Republik viele Jusos nicht einschränken lassen und selbständig politische Ideen entwickelt.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg strebten die Jungsozialisten beharrlich nach politischer Selbständigkeit und vollzogen auf ihrem Bundeskongress 1969 die „Linkswende“ von der braven Parteijugend zum sozialistischen Richtungsverband.

René Petzold, der nordhessische Juso-Bezirksvorsitzende, erläuterte das heutige Juso-Selbstverständnis wie folgt:

„Wir stehen heute in kritischer Solidarität an der Seite unserer Mutterpartei. Das bedeutet für uns, dass wir für unsere Grundwerte Sozialismus, Feminismus und Internationalismus eintreten und versuchen, diese innerhalb der SPD durchzusetzen. Auch für die nächsten 100 Jahre gilt: Die Jusos sind der Stachel im Fleisch der SPD“.



Die Jungsozialisten Hessen-Nord trafen sich anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Jugendverbandes am Gründungsort Kassel zu einem Bezirksausschuss.

Petzold erklärte weiter: „Ich bin stolz, der größten und aktivsten Parteijugendorganisation in Nordhessen vorsitzen zu dürfen. Gleichzeitig geht damit viel Verantwortung einher. Wir werden versuchen, auch auf kommunaler Ebene mehr Einfluss zu gewinnen. Viele Jungsozialisten werden deshalb für die kommunalen Parlamente in den Gemeinden, Städten und Landkreisen kandidieren, um 2021 das Angebot der SPD durch junge Köpfe und Ideen zu ergänzen“. ■

**Bezirksausschuss der Jusos
Hessen-Nord vor dem Haus
der Kirche in Kassel.**

FOTO: JUSOS HESSEN-NORD

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Bezirk Hessen-Nord
Humboldtstr. 8 A
34117 Kassel
Fon 0561/7001013
Fax 0561/7001088
bezirk.hessen-nord@spd.de
www.spd-hessen-nord.de

ANZEIGE

IM GESPRÄCH ÜBER DEN WANDEL IN DER AUTOMOBILINDUSTRIE

Zu Besuch im Daimler-Achswerk

Das Interesse der Politik, welche möglichen Auswirkungen die Transformation in Richtung e-Mobilität auf die zukünftige Ausrichtung des Mercedes-Benz-Werks haben kann, stand neben der aktuellen Situation der Daimler AG im Mittelpunkt eines Besuchs kürzlich im Kasseler Achswerk. Gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Wolfgang Decker und dem Fraktionsvorsitzenden der Kasseler SPD Patrick Hartmann haben wir einen Einblick in die herausfordernden Themen von dem Betriebsratsvorsitzenden Jörg Lorz und seinem Stellvertreter Rainer Popp erhalten. Die Frage, wie sich der Standort der Daimler Truck AG bis Ende dieses Jahrzehnts in der anstehenden Umbruchphase mit mehr elektrifizierten Fahrzeugen im LKW-Bereich entwickelt und sich dies besonders auch auf die Anzahl der Arbeitsplätze auswirken kann, war für uns von besonderem Interesse. Jörg Lorz betonte, dass Zweidrittel der Belegschaft im Truck-Geschäft arbeiten. Mit der neuen e-Achse ab 2021 ist ein

erster wichtiger strategischer Schritt für die Beschäftigungssicherung unternommen. Die Betriebsräte, die auch in der IG Metall aktiv sind, erwarten von der Politik Unterstützung in den Bereichen der CO₂-Bepreisung und vor allem auch in der Investition in die erforderliche Infrastruktur von e-Ladesäulen und Wasserstofftankstellen. Teurere e-LKW können sich die Spediteure nur mit entsprechenden Kaufanreizen leisten. Hier bedarf es dringender Unterstützung aus der Politik. Die e-LKW müssen auf die Straße, um CO₂-Strafzahlungen der Truckhersteller zu vermeiden, um die wirtschaftliche Existenz und damit unter dem Strich auch Arbeitsplätze langfristig zu erhalten. Auch im Hinblick auf die geringere Fertigungstiefe bei der Produktion von e-Fahrzeugen ist eine Zukunftsstrategie zur Beschäftigungssicherung notwendig. Die Betriebsräte fordern daher auch das Konzernmanagement auf, das globale Leitwerk für Achsen und e-Achsen in Kassel nicht nur beim elektrifizierten und mit Was-



serstoff betriebenen Langstrecken-LKW, sondern auch im Van- und PKW-Bereich zu stärken und mit weiteren e-Produkten Beschäftigung zu sichern. Das setzt eine gemeinsame Kraftanstrengung von Unternehmensleitung, Beschäftigten und Politik voraus. Wir unterstützen als Kasseler SPD die Kollegen und Kolleginnen bei der Forderung nach Sicherung der Arbeitsplätze im Kasseler Werk. ■

FOTO: BÜRO GREMMELS

ZUSÄTZLICHE STELLEN FÜR PFLEGEHILFSKRÄFTE

Edgar Franke MdB zum Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheits- und Pflegesystem ist. Mit dem Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz sollen 20.000 zusätzliche Stellen für Pflegehilfskräfte in der vollstationären Altenpflege geschaffen werden – vollständig finanziert von der Pflegeversicherung. Das wird das Pflegepersonal in den Heimen entlasten. Pflegebedürftige und Angehörige werden nicht belastet. Auch

die Versorgung von Schwangeren wird deutlich verbessert. Von 2021 bis 2023 erhalten Krankenhäuser rund 200 Millionen Euro zusätzlich für mehr Stellen in der Geburtshilfe. Damit die gesetzliche Krankversicherung (GKV) auch in Zukunft finanziell solide aufgestellt ist und Beiträge weitestgehend stabil gehalten werden, erhält die GKV einen einmaligen zusätzlichen Bundeszuschuss in Höhe von fünf Milliarden Euro im Jahr 2021. Hiermit werden auch die öffentlichen

Lasten der Krankenversicherung in der Corona-Pandemie, wie beispielsweise für Testungen, vollständig ausgeglichen. Außerdem sollen aus den Finanzreserven der Krankenkassen einmalig acht Milliarden Euro in die Einnahmen des Gesundheitsfonds überführt werden. Zur Stabilisierung der Zusatzbeitragsätze ist geplant, das Anhebungsverbot für Zusatzbeiträge und die Verpflichtung zum stufenweisen Abbau überschüssiger Finanzreserven auszuweiten. ■



Dr. Edgar Franke MdB

FOTO: BÜRO FRANKE

INVESTITIONSZUSCHUSS BARRIEREREDUZIERUNG GESICHERT

Sören Bartol MdB: Zusätzlich 55 Millionen Euro für KfW-Programm

Im Alter zuhause und in vertrauter Umgebung wohnen bleiben können. Das ist ein weit verbreiteter Wunsch vieler älterer Menschen, der leider zu oft nicht erfüllt werden kann. Die Corona-Pandemie hat diesen nachvollziehbaren Wunsch noch einmal deutlich verstärkt, so der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Sören Bartol.

„Gerade die Corona-Pandemie, in der viele Pflegeeinrichtungen Kontaktbeschränkungen verhängen mussten und müssen, hat uns leider nochmal deutlich vor Augen geführt, welch große Vorteile das 'Zuhause wohnen bleiben können' mit sich bringen kann“, sagte Bartol.

Neben anderen Unterstützungsangeboten, stellt der Bund Fördermittel für

das KfW-Förderprogramm Altersgerecht Wohnen (Kredit) und Barrierereduzierung (Zuschuss) zur Verfügung. Seit der Einführung im Oktober 2014 hat der Bund zunächst 50 Millionen Euro pro Jahr dann 75 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt. Mit dem Haushalt 2020 wurden die Mittel im Rahmen des Konjunkturpakets auf 150 Millionen Euro aufgestockt. Im Regierungsentwurf von Horst Seehofer als zuständiger Bauminister war aber nunmehr ein Absinken der Förderung auf 75 Millionen Euro vorgesehen.

„Das ist für mich völlig unverständlich, denn die Nachfrage ist weiterhin ungebrochen hoch“, so Sören Bartol. Schon bisher musste die KfW für das beliebte Programm wegen zu hoher Antrags-

zahlen im Juli 2016, August 2017 bzw. Oktober 2019 jeweils einen Förderstopp verhängen. „Die Erhöhung um 55 Millionen Euro war für uns ein haushaltspolitischer Kraftakt. Uns war aber einerseits wichtig, dass der konjunkturelle Impuls gerade in diesem Bereich noch etwas länger anhält. Vor allem aber leisten wir mit den zusätzlichen Mitteln einen erheblichen Anteil, teure Heimaufenthalte zu vermeiden bzw. zu verzögern und senken damit auch das Pandemierisiko älterer Menschen. Aus all diesen guten Gründen haben wir uns als SPD für die deutliche Mittelerhöhung eingesetzt und konnten mit der heute beschlossenen Erhöhung seit Einführung des Programms über 650 Millionen Euro zur Verfügung stellen!“ ■



Sören Bartol MdB

FOTO: BÜRO BARTOL